

Schulz: Alle mal weghören!

SPD-Chef will deutscher Industrie mit wirtschaftspolitischer Grundsatzrede gefallen. Das Wahlvolk war nicht auf Sendung

Ralf Wurzbacher

Martin Schulz war lange weg, weg von allen Kanälen und Titelseiten, irgendwie auch weg vom Fenster. Am Montag taucht der SPD-Vorsitzende wieder auf, im Berliner Ludwig-Erhard-Haus, um vor deutschen Industrievertretern seine wirtschaftspolitische Grundsatzrede zu halten. Der Termin ist gut gewählt: Kaum, dass er begonnen hat, die Zuhörer zu umgarnen, Helmut Kohl, Angela Merkel (beide CDU) und Gerhard Schröder (SPD) zu belobigen, schalten die TV-Sender um, rüber ins Konrad-Adenauer-Haus. Dort sagt die Kanzlerin gerade etwas zur Schleswig-Holstein-Wahl. Zeitgleich stellt nebenan in Berlin-Mitte SPD-Außenminister Sigmar Gabriel sein Buch »Neuvermessungen« vor, auch das finden viele Medienvertreter interessanter.

Und so gerät der große Schulz-Auftritt doch wieder recht klein. Aber steckt dahinter vielleicht Kalkül? Alles sollten die Leute ja auch nicht über Schulz wissen, vor allem die nicht, denen er einen »sozialdemokratischen Neuanfang« versprochen hat. Denn für den bräuchte es eine linke Mehrheit. Von der will der Kandidat aber nichts wissen. »Kann es nicht unter diesem Schulz eine Koalition geben, die Deutschland und meinem Betrieb schadet?« fragt er am Ende seiner Ausführungen rhetorisch – und antwortet auch gleich: »Nein, definitiv nicht. Unter meiner Führung wird es nur eine Koalition geben, die proeuropäisch ist und ökonomische Vernunft walten lässt.«

Zwei Stunden später äußert sich der Vorsitzende der Partei Die Linke, Bernd Riexinger, »sehr enttäuscht«. Die Rede mache deutlich, dass Schulz sein Versprechen von sozialer Gerechtigkeit nicht inhaltlich besetzen könne. Statt dessen ergehe er sich »in gepflegtem Sowohl-als-auch«. Sein »Gerechtigkeitsversprechen« bleibe eine »Leerformel«. Beides liefert der Kanzlerkandidat in Serie. »Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für Innovation und Fortschritt«, sagt er am Montag. Wer helfe, »unser Land nach vorne zu bringen, der muss belohnt und unterstützt werden«, das sei »die Dimension von Leistungsgerechtigkeit«. Die grassierende Ungleichheit findet Schulz »gefährlich«. Auch führende Ökonomen, »von der OECD bis zum Davoser Weltwirtschaftsforum«, warnten davor. Doch das Wort Umverteilung nimmt der SPD-Spitzenkandidat gar nicht erst in den Mund. Vielmehr warnt er vor »unerfüllbaren Sozialversprechen und unerfüllbaren Steuersenkungsversprechen«. Beides werde es mit ihm nicht geben. Die einzigen Schulz-Vorschläge, die Unternehmer wegen ihrer Kosten als »wirtschaftsfeindlich« betrachten könnten, sind die Forderung nach »Beitragsfreiheit von der Kita bis zum Meisterbrief« und die Wiederherstellung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung. Dafür erwarte er keinen Beifall, kokettiert Schulz. Bekommt er auch nicht.

Alle anderen Rezepte des SPD-Chefs könnte jeder Vorstandsvorsitzende unterschreiben. Ins Zentrum stellt er die Entfesselung eines »Investitionsfeuerwerks« für den öffentlichen und privaten Sektor, um den Sanierungsstau bei Kitas, Schulen und der Verkehrsinfrastruktur aufzulösen und den Ausbau von Bildung, Forschung und Digitalisierung zu forcieren. Dazu verspricht er eine staatliche Förderoffensive für den deutschen Mittelstand und ein »Entbürokratisierungsprogramm«. So könne Deutschland ökonomischen wie sozialen Verwerfungen innerhalb der EU entgegenwirken. Zu Vorhaltungen des Auslands wegen des deutschen Handelsbilanzüberschusses meint Schulz: »Wir müssen uns nicht dafür schämen, erfolgreich zu sein.«

Selbstredend bekennt sich der SPD-Mann als »Anhänger des freien Handels«. Deshalb habe er sich auch »stark für das CETA-Abkommen mit Kanada eingesetzt«. Dieses sei das vielleicht fortschrittlichste seiner Art, das »Standards nicht nur gesichert, sondern sie sogar erhöht« habe. Für Schulz ist SPD die »letzte echte Industriepartei in Deutschland und zwar nicht im Sinne einer sentimental Rückwärtsgewandtheit«. Viele alte Sozialdemokraten werden diese Auslassungen des vor kurzem noch als Heilsbringer Gefeierten nicht gehört haben. Diejenigen, die seine Worte doch vernommen haben, dürften endgültig nüchtern geworden sein.

ANZEIGE

DIE NEUE
M&R

MAGAZIN FÜR GEGENKULTUR



**JETZT
ABONNIEREN**

26,90 €

RUBRIKEN

[Titel](#) [Schwerpunkt](#) [Ansichten](#) [Inland](#) [Ausland](#) [Kapital & Arbeit](#) [Thema](#) [Feuilleton](#) [Sport](#) [Abgeschrieben](#)
[Leserbriefe](#) [Politisches Buch](#) [Betrieb & Gewerkschaft](#) [Antifa](#) [Medien](#) [Feminismus](#) [Geschichte](#) [Beilagen](#)
[Wochenende](#) [Presse global](#)

ARCHIV

[Thema](#) [Dossiers](#) [Serien](#) [Fotoreportagen](#) [Textreportagen](#) [Interviews](#) [Zitate](#) [Regio](#) [Blog-Archiv](#) [Suche](#)

SERVICE

[Anzeigen](#) [Abo-Service](#) [Probeabo](#) [Kiosk](#) [Newsletter](#) [RSS-Feed](#) [Terminkalender](#) [Shop](#) [AGB](#) [Kontakt](#) [Hilfe](#)

UNTERSTÜTZEN

[Über uns](#) [Abonnieren](#) [Genossenschaft](#) [Aktion](#) [Spenden](#)

PROJEKTE

[Ladengalerie](#) [Fotowettbewerb](#) [Rosa-Luxemburg-Konferenz](#) [Melodie und Rhythmus](#) [Bibliothek des Widerstands](#)
[Buchmesse Havanna](#) [Granma](#)

Die Tageszeitung
junge Welt

© JUNGE WELT | [IMPRESSUM](#) / [DATENSCHUTZ](#)